

Verarbeitung

personenbezogener Daten

Information zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Datenschutzerklärung und allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung im Landesbetrieb Verkehr (LBV).

Nahezu alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen treten mit der Verwaltung früher oder später in Kontakt, weil sie beispielsweise einen Personalausweis beantragen müssen oder Kindergeld beanspruchen können. Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Wenn Verwaltungsbehörden personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das, dass sie diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Der LBV verarbeitet personenbezogene Daten um auf Grundlage von Einwilligungen, Verträgen oder Rechtsvorschriften seine Aufgaben u.a. in den Bereichen Kfz-Zulassung, Fahrerlaubnis, Ausnahme-Genehmigungs-Management, Parkraum-Management und Verkehrsentwicklung zu erfüllen.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Landesbetrieb Verkehr ist die

Behörde für Verkehr und Mobilitätswende
Landesbetrieb Verkehr
Geschäftsleitung
Telefon 040 / 42858 2029, E-Mail: info@lbv.hamburg.de

Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende ist erreichbar unter:

Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg
Tel.: 040 / 42841 1807, E-Mail: datenschutz@bwi.hamburg.de

Ihre Daten werden für Zwecke der Durchführung von Verwaltungsverfahren des Landesbetrieb Verkehr verarbeitet. Die bei der Bearbeitung Ihres Anliegens entstandenen Vorgänge werden nach Abschluss und Ablauf der Aufbewahrungsfrist regelmäßig dem Staatsarchiv angeboten und hier gelöscht. Für die Zwecke des Beschwerdemanagements werden personenbezogene Daten zwei Jahre nach Abschluss der Beschwerde gelöscht bzw. anonymisiert, im Übrigen erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Löschfristen, in den anderen Fällen, wenn die Daten für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a), b), c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. c), e), g) und j) der Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), das Hamburgische Verwaltungsverfahrensgesetz (HmbVwVfG), das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG, dort insbes. § 4) und die für das jeweilige Verwaltungsverfahren geltenden bereichsspezifischen Normen (StVG, FZV, FeV, StVO, StVZO, Hamburgischen Transparenzgesetz).

Ihre personenbezogenen Daten können im Zuge des Verwaltungsverfahrens an

- die übrigen Beteiligten des Verwaltungsverfahrens
- andere Behörden und Gerichte im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen
- die vom Landesbetrieb Verkehr im Rahmen des Erforderlichen eingesetzte Dienstleister (Auftragsverarbeitung)

als mögliche Empfänger offengelegt oder bei Dritten zusätzliche Daten über Sie erhoben werden.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO).

Im Falle der Erteilung einer Einwilligung kann diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschließlich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit gilt das Bundesdatenschutzgesetz.

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der Landesbetrieb Verkehr, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Hamburgischer Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kurt-Schumacher-Allee 4, 20097 Hamburg

Tel.: (040) 4 28 54 - 40 40, E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de

oder bei den anderen gemäß Art. 77 Abs. 1 DSGVO zuständigen Aufsichtsbehörden.